

Goethe-Institut: Harte Jahre, schmale Mittel

geschrieben von Bernd Berke | 3. Dezember 2024

Es sind harte Jahre – auch fürs weltweit aufgestellte Goethe-Institut, das deutsche Sprache und Kultur möglichst global vermitteln soll. Gesche Joost, erst seit 19. November neue Präsidentin des dem Außenministerium angegliederten Instituts, spricht von einer „Welt der neuen Rauheit“, in der man umso dringlicher für demokratische Werte eintreten wolle.



Gesche Joost, seit gerade mal zwei Wochen Präsidentin des Goethe-Instituts. (Foto: © Loredana La Rocca / Goethe-Institut)

In Zeiten des erstarkten Rechtspopulismus, so Joost auf der Jahrespressekonferenz weiter, müsse man sich auf die zweite Amtszeit von Donald Trump und auf den Fortgang kriegerischer Krisen (Ukraine, Nahost etc.) einstellen. In diesem Umfeld gelte es, dem Institut und seinen Anliegen mehr „Sichtbarkeit“

zu verschaffen und „Resilienz“ (Widerstandskraft) zu entwickeln. Gängige Schlagworte, die wohl nicht fehlen dürfen.

Etat erneut gekürzt

All das muss jedenfalls auch noch mit schmalen Finanzen bewirkt werden: Johannes Ebert, Generalsekretär des Goethe-Instituts, stellte klar, dass man nach dem Aus der „Ampel“-Koalition nur mit einem vorläufigen Haushalt wirtschaften könne. Der aktuelle Regierungsentwurf sehe abermals Kürzungen beim Goethe-Institut vor – um 4,1 Mio. Euro (rund 2,8 Prozentpunkte) auf 226,2 Mio. Euro; dies wiederum bei allseits steigenden Kosten, die sich besonders international bemerkbar machen. Inzwischen sei man durch ständige Einsparungen (etwa 10% seit der Corona-Pandemie) wieder auf dem Niveau von 2017 angelangt. Ob man bei einer neuen Regierung mehr Gehör finden wird, steht wahrlich dahin. Die Hoffnung stirbt auch hier zuletzt.

Rekordeinnahmen durch Sprachkurse

Unterdessen wird gezwungenermaßen eine „Transformation“ des Instituts vorangetrieben, worunter vor allem eine Verschlinkung zu verstehen ist. Struktur- und Verwaltungskosten sollen im größeren Stil reduziert werden. Eine Reihe von Instituts-Schließungen (u. a. in Bordeaux, Genua, Turin, Rotterdam, Osaka, Washington) ist weitgehend über die Bühne gegangen, die Zentrale muss derweil mit 27 Stellen (7,5%) weniger auskommen. Dadurch frei werdende Mittel sollen verstärkt für Sprachvermittlung eingesetzt werden. In diesem Bereich hat man ohnehin schon einen neuen Rekord aufgestellt. Bereits im Oktober verzeichnete das Institut für 2024 weltweit über 1 Million abgenommene Deutsch-Prüfungen und Einnahmen von 152 Millionen Euro. Angesichts der seit Jahren sinkenden staatlichen Förderung bedeutet dies freilich nur eine Teilentlastung.

Moskauer Niederlassung radikal geschrumpft

Neben einigen schmerzlichen Schließungen gab es vereinzelt auch ein paar Neueinstiege mit anderen Schwerpunkten – in Jerewan (Armenien) und Bischkek (Kirgisistan), dazu kommen Präsenzen in Chisinau (Republik Moldau) und Houston (USA). Moskau, mit einst 180 Mitarbeitern weltweit größtes Goethe-Institut, ist jedoch unterm Druck der Verhältnisse vehement auf 12 Leute geschrumpft (plus 3 in St. Petersburg). Dennoch wird versucht, den Betrieb notdürftig aufrecht zu erhalten. Bloß nicht alle Fäden abreißen lassen, heißt die Devise.

Fachkräfte auf Deutschland vorbereiten

Eine seiner Hauptaufgaben sieht das Goethe-Institut darin, dringend benötigte Fachkräfte nach Deutschland zu holen und diese mit Spracherwerb und nachhaltigen Integrations-Angeboten auf die neue Umgebung vorzubereiten. Hierbei konkurriert man mit Ländern wie Japan, Kanada oder den USA. Immerhin: Erste Erfolge zeigen sich offenbar bei Anwerbungen in Indien oder Vietnam. Wie Goethe-Generalsekretär Ebert ausführte, gibt es seit den AfD-Wahlerfolgen allerdings viele bange Nachfragen, ob man denn in Deutschland auch willkommen sei.

Die beste Bratwurst von Hanoi

Goethe-Präsidentin Joost (ansonsten Professorin für Designforschung an der Berliner Hochschule der Künste – HdK) versicherte, sie werde in ihrer Amtszeit nicht nur auf hehre Hochkultur achten, sondern auch auf alltägliche Dinge des niedrigschwelligen Zugangs. Beispiel? Sie habe kürzlich das Goethe-Institut in Hanoi (Vietnam) besucht. Es habe sich herumgesprochen, dass es dort nicht nur gute Sprachkurse gebe, sondern auch „die beste Bratwurst“ weit und breit.

P. S. Die Jahrespressekonferenz des Goethe-Instituts hat heute in Berlin stattgefunden. Ich war online via Zoom dabei.

Das Geld ist knapp, die Chefin kündigt: Wie sehr kriselt es im Hammer Museum?

geschrieben von Bernd Berke | 3. Dezember 2024

Keine sonderlich guten Nachrichten kommen derzeit aus dem Gustav-Lübcke-Museum: Von Verlusten und mangelndem Besucheraufkommen ist in Hamm die Rede. Inzwischen hat Museumsleiterin Dr. Friederike Daugelat (40) gekündigt. Doch was verbirgt sich dahinter? Und hat beides miteinander zu tun?

Einen solch krisenhaften Zusammenhang bestreitet die bis Jahresende amtierende Museumschefin entschieden. Den Revierpassagen sagte sie heute: „Meine Kündigung hat ausschließlich persönliche Gründe.“ Tatsächlich wechselt sie in einen neuen Job, in dem ihre Verantwortung eher noch wächst: Friederike Daugelat, die Anfang 2013 nach Hamm gekommen war, wird ab Januar 2017 Referatsleiterin beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) und ist dort für mehrere LWL-Museen zuständig, vor allem auf dem Feld der Beratung und strategischen Planung.



Das Gustav-Lübcke-Museum in

Hamm. (Foto: Bernd Berke)

Hamm's Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann forderte unterdessen im WDR-Hörfunk (Landesstudio Dortmund), was der OB einer finanziell klammen Kommune von der lokalen Kultur halt so verlangt: „Wir müssen die Besucherakzeptanz, die Bevölkerungsakzeptanz noch einmal deutlich verstärken.“ Er und andere Kommunalpolitiker wollen bewirken, dass das Museum kein Eigenbetrieb mehr ist, sondern wieder in städtische Regie überführt wird.

Gespräche über eine solche Neuorganisation laufen laut Friederike Daugelat schon seit längerer Zeit. Die Führung als Eigenbetrieb habe bislang abrechnungstechnische Gründe gehabt, die wegen geänderter Bestimmungen künftig entfallen. Somit sei es wohl vernünftig, das Museum wieder an die Stadt anzugliedern. Auf diese Weise ließen sich einige Kostenblöcke (z. B. für Wirtschaftsprüfer) einsparen.

Unterdessen war in einem Bericht des „Westfälischen Anzeigers“ (Presse-Platzhirsch in Hamm) von 156.000 Euro Verlusten die Rede, die das Museum 2015 angehäuft habe. Auch dies erklärt Daugelat mit Besonderheiten der Buchhaltung. 2014, gegen Ende der zweijährigen Umbauzeit des Museums, seien Kosten angefallen, die erst 2015 belastend zu Buche gestanden hätten. Dem stünden positive Abschlüsse aus anderen Jahren gegenüber, so dass die Bilanz auch politisch abgesegnet worden sei.

Und wie verhält es sich mit dem Zuspruch des Publikums? Eine Ausstellung mit finnischer Malerei zog 12.000 Besucher ins abseits der großen Kulturströme gelegene Hamm. Eine speziell für Kinder konzipierte Mitmach-Schau über die technischen Fähigkeiten der Alten Römer hat vor wenigen Tagen die Besuchermarke von 10.000 überschritten und dauert noch – über die Herbstferien hinweg – bis Ende Oktober. Für ein Museum in der kulturellen und touristischen Diaspora sind das keine schlechten Zahlen.

Zudem war das (tendenziell unterfinanzierte) Haus erst ab März 2015 nach langer Umbaupause wieder eröffnet worden, und zwar sukzessive, eine Abteilung nach der anderen, mit deutlichen Zeitabständen. Also haben sich auch die Besucherzahlen nur zögerlich entwickeln können.

Nach städtischen Vorgaben, so Friederike Daugelat, soll das Museum jährlich mindestens 36.000 Besucher anziehen. Diese Zahl werde 2016 auf jeden Fall erreicht und überschritten. Es sei realistisch, die Marke von 40.000 Besuchern anzupeilen.

Ach so, ja, Kunst wird es im Gustav-Lübcke-Museum auch noch geben: Die nächste, noch von Daugelat kuratierte Sonderausstellung beginnt am 18. Dezember und heißt „Lieblingsorte – Künstlerkolonien. Von Worpswede bis Hiddensee“.

Schöne neue Welt ohne Bargeld

geschrieben von Rolf Dennemann | 3. Dezember 2024



Bargeld lacht angeblich – aber vielleicht nicht mehr lange? (Foto: Bernd Berke)

Der Wirtschaftsweise Bofinger spricht aus, was viele Wirtschafts- und Finanzeliten denken und wünschen: Die Abschaffung des Bargeldes. Kann man sich das vorstellen? Na, klar. Und dabei wird einem ganz schwindelig. Es bedeutet die endgültige totale Macht des Kapitals über das Volk. Übertrieben? Wenn schon.

Der Wirtschaftsweise sieht viele Vorteile: Schwarzarbeit würde verschwinden und Warteschlangen an den Supermarktkassen wären Geschichte, da ja dort das Abzählen von Kleingeld viel Zeit in Anspruch nimmt. Hat er schon mal per Karte einen Joghurt bezahlt und dann funktioniert das nicht oder dauert und dauert...?

In Dänemark ist man kurz davor, Bargeld verschwinden zu lassen. Das wäre das Ende der „hohen Kante“ in Form des Sparstrumpfes und der Bedeutung von Kopfkissen, Sofapolstern und anderen Behältnissen für den „Notgroschen“, der ja immer noch so heißt und nicht durch den „Noteuro“ ersetzt wurde. Der totale Kontrollverlust über sein Guthaben (welch' schönes Wort) wäre die Folge.

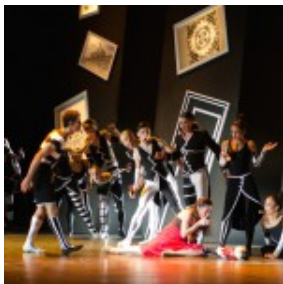
Vorteil: Raubüberfälle würden sich nicht lohnen, es sei denn, man braucht eine Jacke, ein Smartphone oder die Gucci-Tasche. Auch Geldtransporter wären Geschichte. Das Klimpern der Kasse auf Märkten, das Köpfen von Kleingeldrollen, Kaugummiautomaten wären Geschichte und natürlich das Sparschwein.

Und was ist mit dem sogenannten Trinkgeld? Gibt es dann Geldkarten speziell für Trinkgelder? Müssen Bettler dann Kartenlesegeräte mit sich tragen? Wird die Oma dem Enkel dann Geldkarten zustecken und nicht den Zwanni? Die Sammelbüchsen für Schiffbrüchige oder SOS-Kinderdörfer stünden dann in Museen, das Pokern wäre weniger prickelnd, auch die sogenannte Portokasse wäre passé.

Hagen: Mit immer weniger Geld doch noch Theater machen

geschrieben von Hans Hermann Pöpsel | 3. Dezember 2024

Die Stadt Hagen geht finanziell am Stock, und entsprechend will sie ihrem Theater an den Kragen. Aber auch im neuen Jahr wird dennoch weiter Programm gemacht, wie die Vorschau auf den Januar zeigt. Natürlich beginnt alles wieder mit dem Neujahrskonzert des Philharmonischen Orchesters in der Stadthalle – unter dem Motto „Wien –Moskau“. Solistin ist Maria Klier (Sopran), zu hören sind Werle von Strauss, Tschaikowsky, Glinka und anderen.



Szene aus dem
„Nussknacker“
(Foto: Theater
Hagen)

Im Kinder- und Jugendtheater wird am 7. Januar „Superzahn und die Karieshexe“ wieder aufgenommen, und am 27. Januar folgt die Uraufführung des Stücks „Lucy und der Hungerbauch“. Am 13. Januar gibt es im Großen Haus die Operetten-Premiere von „Die Großherzogin von Gerolstein“, ein weniger oft gezeigtes Werk von Jacques Offenbach. Wer Lust hat, kann bei freiem Eintritt am 5. Januar ab 17 Uhr in der Reihe „Werkstatt“ an einem „Produktionsgespräch“ teilnehmen. Außerdem bietet das Theater dazu am 10. Januar einen „Lehrertisch“ an. Den bisher

begeistert aufgenommenen Swing-Abend „Fly me to the Moon“ können Musikfreunde am 4., 16. und 20. Januar wieder erleben.

Am 19. Januar ist Götz Alsmann mit seinem „Paris“-Programm zu Gast, und wer den Don Giovanni noch mitbekommen möchte, der hat nur noch am 31. Januar die Chance – „zum letzten Mal“ gibt man diese Inszenierung der Mozart-Oper. Das gilt auch für die letzte Aufführung des Tschaikowsky-Balletts „Der Nussknacker“ am 17. Januar. Weiter im Programm bleiben Verdis „Don Carlo“ (23. Januar) und „Tue Rocky Horror Show“ mit Guildo Horn am 29. Januar.

Was darf uns die Kultur denn kosten? – Debatte um die Finanzen der Kulturhauptstadt

geschrieben von Bernd Berke | 3. Dezember 2024

Alter Streit, der sich immer mal wieder entzündet: Wieviel Geld sollen „wir“ für Kultur ausgeben? Genügt das, was die öffentliche Hand bezahlt – oder sollten Bürger, die es sich leisten können, freiwillig etwas drauflegen? Derzeit rankt sich die Debatte um die Finanzen der Kulturhauptstadt Ruhr 2010.

Als neulich in Düsseldorf die Förderbescheide des Landes NRW

fürs „Dortmunder U“ (Ex-Brauereiturm, künftig Museum und Zentrum der Kreativwirtschaft) überreicht wurden, gab's neben aller Freude auch viele kritische Stimmen, so etwa im Internetportal <http://www.derwesten.de/>. Grundzug so mancher Äußerungen: Lieber Straßenbau, Schulen, Kindergärten und Schwimmbäder finanzieren – oder Hartz IV aufstocken . . .

„Hände weg von meiner Geldbörse!“

Gegen solch dringlichen Alltagsbedarf befindet sich Kultur seit jeher in der Defensive. Stets muss sie ihre finanziellen Ansprüche gut begründen und legitimieren, was ja völlig in Ordnung ist. Doch etliche Politiker sind auf diesem Ohr fast gänzlich taub. Denn massenhaft Wählerstimmen kann man mit den schönen Künsten nicht einheimsen. Eine kurzsichtige Art der Betrachtung.

Und so erntete denn auch Essens Stadtkämmerer Marius Nieland beileibe nicht nur Beifall, als er kürzlich vorschlug, jeder Bewohner des Reviers möge aus freien Stücken je einen Euro für die Kulturhauptstadt Ruhr spenden, deren Kassen bislang eher spärlich gefüllt sind. Die Reaktionen glichen im Großen und Ganzen jenen aufs „Dortmunder U“. Motto: Hände weg von meiner Geldbörse! Ja, es ist eine schwierige Gemengelage.

Nielands Idee ist ja an und für sich sympathisch, sie könnte Phantasien beflügeln. Aber ist sie nicht auch ein Blütentraum? Selbst Amtskollegen aus anderen Revierstädten bleiben skeptisch. Wie, bitte, soll das funktionieren? Per Überweisung? Mit Sammelbüchse an der Haustür? Mit Sparschweinen, die in den Rathäusern aufgestellt werden? Und: Ein Euro ist „gefühlte“ nicht gleich ein Euro. Manche nehmen ihn aus der Portokasse, andere müssen ihn sich absparen.

Zudem kalkuliert Nieland ohne weiteres mit 5,4 Millionen Bewohnern (bzw. Euro) – vom Neugeborenen bis zur

Hundertjährigen; von „kulturferneren“ Menschen gar nicht zu reden. Größere Familien würden demnach rein rechnerisch mehr berappen, denn pro Kopf wäre ja ein Euro fällig. Wäre das gerecht?

Schnellere und stärkere Wirkung ließe sich erzielen, wenn sich mehr potente Sponsoren aus der Wirtschaft fänden. Fritz Pleitgen und Oliver Scheytt, die Geschäftsführer der Ruhr 2010 GmbH, arbeiten daran. Man kann ihnen nur Erfolg wünschen.

Mit Steuern und Abgaben finanzieren die Bürger ohnehin schon die Kulturhaushalte. Freilich: Die gesamten Kulturausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden machen nicht einmal 0,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus – rund 8 Milliarden Euro stehen jährlich zu Buche. Man darf schon fragen, ob dies für eine Kulturnation nicht beschämend geringe Werte sind.

Doch auch da gibt's wieder Gegenpositionen, die sich untermauern lassen: Es gibt wohl kein anderes Land auf Erden, das eine so dichte kulturelle Infrastruktur hat wie Deutschland. Ungefähr jedes siebte Opernhaus weltweit steht bei uns. Kulturschaffende haben sich vielfach an namhafte Subventionen gewöhnt. Jede Kürzungsabsicht zieht daher einen Aufschrei („Kahlschlag!“) nach sich.

An dieser Stelle folgt in Debatten rasch der Ausruf: Und das alles für eine betuchte Minderheit? Nun, das wäre zu engstirnig gedacht. Man stelle sich die Städte ohne Theater, Opern, Museen und Bibliotheken vor. Es wären öde Kommerz-Wüsten. Ausgaben für Kultur erweisen sich in aller Regel als sinnvolle Investitionen. Viele Euros fließen in die Städte und Gemeinden zurück. Es kommen mehr Touristen und Tagesgäste, die Geld ausgeben – nicht nur an der Theaterkasse. Und schließlich konkurrieren Betriebe und Behörden in allen Städten um gut ausgebildete, qualifizierte Mitarbeiter. Viele von ihnen lassen sich vor allem durch kulturelle Angebotsfülle locken.

INFO:

- Die derzeitige Finanzlage der Kulturhauptstadt Ruhrgebiet 2010:
 - Insgesamt stehen jetzt rund 52 Millionen Euro zur Verfügung. Das Geld kommt aus folgenden Quellen:
 - Der Regionalverband Ruhr (RVR) steuert 12 Millionen Euro bei.
 - Vom Land Nordrhein-Westfalen kommen 12 Millionen Euro.
 - Der Bund schießt 12 Millionen Euro zu.
 - Die Stadt Essen ist mit 6 Millionen Euro dabei.
 - Die Europäische Union (EU) stellt 1,5 Millionen Euro bereit.
 - Private Sponsorenmittel (bisher zugesagt): 8,5 Millionen Euro.
 - Was können die einzelnen Städte beitragen? Vor allem die Revier-Gemeinden, die unter Sparzwängen stehen, könnten eine Aufstockung ihrer Eigenmittel bestens gebrauchen.
-

**Auch Bochum will ein
Konzerthaus bauen –
Finanzielle Vorbehalte /
„Konkurrenz“ reagiert
gelassen**

geschrieben von Bernd Berke | 3. Dezember 2024

Von Bernd Berke

Bochum. Auch Bochum möchte ein Konzerthaus bauen – für 21,4 Mio. Euro. Dies hat gestern der städtische Kulturausschuss im

Grundsatz bekräftigt.

Allerdings wurde auf die im November 2006 anstehenden Haushaltsberatungen verwiesen. Falls das Projekt dann bejaht wird: Würde eine neue Konkurrenz für die Philharmonien in Dortmund und Essen drohen?

Die WR fragte nach und vernahm betont gelassene Stimmen. Dortmunds Konzerthaus-Chef Benedikt Stampa findet den Vorgang undramatisch und sagt sogar: „Das wäre eine Supersache. Die Bochumer Symphoniker hätten es verdient.“

Bisher muss das Orchester (Leitung: Steven Sloane) zwischen diversen Bochumer Spielstätten „tingeln“. Mit dem Neubau neben der Jahrhunderthalle bekäme es endlich eine feste Bleibe. Das Bochumer Haus mit rund 1100 Plätzen (Dortmund: fast 1600, Essen: 1800) würde zudem in einer anderen Liga spielen, meint Stampa: „Da dürfte es keine großen Publikums-Bewegungen geben.“

Ähnlich unaufgeregt sind die Erwartungen bei der Essener Philharmonie. Und Prof. Franz Xaver Ohnesorg, Chef des Klavierfestivals Ruhr, findet: „Die Entscheidung wäre längst überfällig. Wenn man es intelligent anfängt und eigene Profile findet, so ergänzen sich die Häuser.“

Bochums Kulturdezernent Hans-Georg Küppers stellt klar: „Wir wollen kein Konzerthaus im eigentlichen Sinne, sondern in erster Linie eine feste Spielstätte für unsere Symphoniker.“ Gewiss könne es auch Fremdveranstaltungen geben, doch eher im Jazz- oder Kammermusik-Bereich.

Hat es im Vorfeld Absprachen zwischen den Revier-Kommunen gegeben, die sich gemeinsam anschicken, Europäische Kulturhauptstadt 2010 zu werden? Offenbar ja. Mit seinen Dezernenten-Kollegen Jörg Stüdemann (Dortmund) und Oliver Scheytt (Essen) ziehe er auch in der Angelegenheit „an einem Strang – und zwar in dieselbe Richtung“, versichert Bochums Küppers. Auch mit den Chefs der Philharmonien in Essen und

Dortmund herrsche Einvernehmen.

Das Problem ist Bochums prekäre Haushaltslage. Das Konzerthaus soll von der Stadt-Tochter „Entwicklungsgesellschaft Ruhr“ gebaut werden. Ab 2009 würden jährlich 1,3 Mio. Euro Mietkosten zu Lasten der Stadt anfallen. Spätestens bis dahin, so Küppers, müsse man den Etat so weit konsolidieren, dass sich Bochum diese Ausgabe erlauben kann. Unter solchen Vorbehalten wurde denn auch gestern im Kulturausschuss beraten. Denn die Bezirksregierung in Arnsberg überwacht die Bochumer Haushaltsführung genau.

Sorge um Kulturretat des Kreises Unna

geschrieben von Bernd Berke | 3. Dezember 2024

Von Bernd Berke

Kreis Unna. Ist das denn denkbar: dass es auf Schloss Cappenberg (Seim) gar keine Kunstaussstellungen mehr gäbe. Oder dass das ebenso schmucke Haus Opherdicke (Holzwickede) verkauft würde und der Kultur nicht zur Verfügung stünde?

„Ich halte inzwischen alles für möglich“, sagt Gabriele Warminski-Leitheußer (SPD), Kulturdezernentin des Kreises Unna, im WR-Gespräch. Es gebe starke konservative Kräfte, die den Kulturretat des Kreises am liebsten „auf Null setzen“ würden. Sie befürchtet, dass in den laufenden Etatverhandlungen das Kulturbudget (jährlich 2,9 Mio. Euro) angetastet werden könnte. Die einstige Koalition von SPD und Grünen ist „geplatzt“, politische Mehrheiten müssen nun von

Fall zu Fall gesucht werden. Am 7. März wird der Haushalt im Kreistag beraten.

Nicht nur die genannten Kulturstätten, die weit übers Kreisgebiet hinaus wirken, wären schlimmstenfalls gefährdet. Es geht auch um Zuschüsse für die Neue Philharmonie Westfalen (500 000 Euro). Zudem fördert der Kreis eine komplette Vorstellungsreihe im Lünen Hilpert-Theater, das Museum für Lichtkunst in Unna (47 000 Euro) und das Festival „Welttheater der Straße“ in Schwerte (Vorjahr: 25 000 Euro), zu dem Tausende pilgern.

Besonders peinlich wären Kürzungen mit Blick auf die Kulturhauptstadt-Bewerbung des Reviers, an der sich der Kreis z. B. mit dem Lichtkunst-Museum beteiligt. Warminski-Leitheußer ist als Dezernentin auch für Sozialpolitik zuständig. Kommt die studierte Juristin in Gewissens-Konflikte zwischen Sozialem und Kultur? Nein, denn: „Den Haushalt können wir nur sanieren, wenn es weniger Arbeitslose gibt. Einsparungen bei der Kultur bringen fast nichts und schaden nur“, betont sie vorsorglich.

Den Löwenanteil des Haushalts, rund 77 von 90 Mio. Euro, wendet der Kreis Unna für den Sozialbereich auf, insbesondere im Rahmen von „Hartz IV“. „Schon bei geringen Schwankungen nach oben würden die gesamten 2,9 Millionen Euro aus dem Kulturbereich nicht reichen, um hier auszugleichen.“ Kultur präge nicht nur das Image des Kreises, sondern vermittele auch Identität. Die Dezernentin: „Wir können doch nicht unsere Wurzeln kappen!“

Neue Gewichtungen in der Kulturpolitik – NRW-Staatssekretär Grosse-Brockhoff über Finanzen und Schwerpunkte

geschrieben von Bernd Berke | 3. Dezember 2024

Von Bernd Berke

Düsseldorf. Angesichts der prekären Haushaltslage des Landes mag man es kaum glauben. Doch NRW-Kulturstatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (CDU) ist sehr zuversichtlich, dass der Kulturetat des Landes in den nächsten fünf Jahren tatsächlich schrittweise aufs Doppelte anwächst: „Das steht schließlich im Koalitionsvertrag.“

Wie der Kulturpolitiker bei einer Gesprächsrunde mit Journalisten in Düsseldorf sagte, wappnet er sich freilich auch gegen Ressort-Neid bei den kommenden Haushaltsberatungen. Minister, die sparen müssen, könnten dann missgünstig auf die Kultur schauen; Vielleicht wird Grosse-Brockhoff die (offenbar mehrfach zugesagte) Rückendeckung von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers brauchen.

Keine Förderung mit der Gießkanne

Die Kultur sei keineswegs üppig ausgestattet, sagt der Mann aus der NRW-Staatskanzlei. Er rechnet vor, dass das Land Nordrhein-Westfalen bei den Kulturausgaben pro Kopf bisher bundesweit das Schlusslicht bilde. Auch wenn die Ausgaben der vielen größeren NRW-Städte das Gesamtbild günstiger gestalten, sei dies beschämend: „Eine Verdoppelung ist nötig.“

Was aber will er im Erfolgsfalle mit den steigenden

Etatmitteln bewirken? Grosse-Brockhoff: „Es wird keine neuen ‚Leuchttürme‘, aber auch keine Gießkannen-Förderung geben. Wir müssen Schwerpunkte setzen.“ Beileibe nicht jede Einrichtung könne nun ohne weiteres mit steigenden Landeszuschüssen rechnen. Immerhin: Der von Jürgen Flimm geleiteten RuhrTriennale gibt er eine Art Bestandsgarantie. Die Akzeptanz des Festivals sei mit den Jahren erheblich gestiegen.

Mehr Kulturschaffende in die Schulen

Grosse-Brockhoff will die Kulturpolitik neu sortieren und gewichten. Ein Hauptanliegen: kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen. Er möchte mit Fördermitteln erreichen, dass mehr Kulturschaffende aller Sparten in die Schulen kommen. Ihm schwebt eine Art Wettbewerb unter den Städten vor: Wer entwickelt das beste Modell, besonders für die Ganztagschulen? Dabei sei vor allem die kreative Eigenart der Künstler gefragt – abseits von bürokratischen Richtlinien und dröger „Verschulung“.

Ein zweiter Punkt heißt „Substanzerhalt, genauer: Rettung von Archivbeständen. Grosse-Brockhoff: „Der Zerfall in den Archiven kann gestoppt werden, es fehlt bisher nur das Geld.“ Inzwischen betreffe der Schwund auch wichtige Filme und Videos, die dringend digitalisiert werden müssten.

Außerdem will der Staatssekretär das kulturelle Ehrenamt stärken. Vielen Instituten drohe über kurz oder lang ein Personalmangel, der nur durch freiwillige Dienste ausgeglichen werden könne. Wünschenswert sei eine Akademie, in der sich Helfer auf ihre Aufgaben (und auf etwaige Konflikte mit Hauptamtlichen) vorbereiten könnten.

Triennale auf Kosten der Szene finanziert?

Grosse-Brockhoff äußerte sich auch zur Bewerbung des Ruhrgebiets als „Europäische Kulturhauptstadt 2010“: Ich bin ganz energisch dafür, diese Riesenchance zu nutzen. Es wäre ein Aufbruch zu neuen Ufern“. Doch es gebe noch viel zu tun:

Das Land, die Stadt Essen, die Region und die Wirtschaft sollten jetzt möglichst zügig eine Kulturhauptstadt-GmbH gründen. Überdies solle sehr bald eine namhafte künstlerische Leitung gefunden werden – eine spannende Personalfrage.

Solche konkreten Fortschritte müssten dann in Brüssel vorgezeigt und der EU-Jury schmackhaft gemacht werden. Der verbliebene Konkurrent Görlitz sei „sehr, sehr ernst zu nehmen“. Doch eigentlich sei das Ruhrgebiet geradezu prädestiniert, Europas Kulturhauptstadt zu werden.

Bei Durchsicht der letzten Landeskulturetats will Grosse-Brockhoff etwas festgestellt haben, was manche schon argwöhnten: Die RuhrTriennale, so der CDU-Politiker, sei von der vorherigen Landesregierung teilweise doch nicht mit zusätzlichem, „frischen Geld“, sondern auf Kosten der übrigen (freien) Szene finanziert worden. Eine Aussage, die noch für Debatten sorgen dürfte.

Zahlen und Fakten

- **Das Land NRW gibt derzeit pro Einwohner und Jahr 14,60 Euro für Kultur aus. Beim deutschen Spitzenreiter Sachsen sind es 87,50 Euro, Bayern und Mecklenburg-Vorpommern liegen jeweils bei 40 Euro**
- **Der reine Kulturförder-Etat des Landes NRW umfasst rund 70 Millionen Euro im Jahr.**
- **Wenn es nach den jetzigen Plänen geht, soll der Etat stufenweise steigen und in fünf Jahren etwa 140 Mio. Euro betragen.**

Kulturstatssekretär Grosse-Brockhoff sagt, zuletzt seien die Fördermittel in manchen Bereichen deutlich gesunken. So hätten sich von 2001 bis 2005 die Aufwendungen des Landes für Bibliotheken von 6,1 auf 4,1 Millionen Euro verringert.

Mit starrem Blick nach vorn – zur weiterhin unübersichtlichen Lage beim Dortmunder Konzerthaus

geschrieben von Bernd Berke | 3. Dezember 2024

Von Bernd Berke

Dortmund. Man kann es fast mit Händen greifen: Bei den Konzerthaus-Besuchern in Dortmund herrscht derzeit vielfach traurige Stimmung, es drücken die Zukunftssorgen. Seit der Entlassung bzw. „sofortigen Freistellung“ des Intendanten Ulrich Andreas Vogt (der bis 31. Juli weiter seine Bezüge erhält) gibt's vorwiegend Molltöne an der der Brückstraße. Doch offenbar regen sich Gegenkräfte.

Abwartende Anspannung – so etwa könnte man die Gemütslage der Konzerthaus-Mitarbeiter umschreiben, einer spricht sogar von „Duldungsstarre“; wobei niemand im Hause namentlich zitiert werden möchte, weil öffentliche Äußerungen mit dem neuen Interims-Intendanten Albrecht Döderlein abgestimmt werden sollen.

■

Döderlein selbst, hauptamtlich Geschäftsführer des Dortmunder

Theaters, wünscht sich nun vor allem „Ruhe für unsere Arbeit.“ Es gelte, „Status und die Aufgliederung“ des Konzerthauses neu zu definieren, ohne das Niveau zu senken. Zur Auslastung (diverse Gerüchte pendeln zwischen 50 und 70 Prozent) mag er noch nichts verraten, man ermittle die Zahlen gerade. Das mit den 50 Prozent sei Unsinn. Die Auslastung liege im Schnitt höher, sie sei aber gegen Ende 2004 stetig gesunken.

Ein ungenannter Konzerthaus-Mitarbeiter zur WR: „Unser Image ist durch die Vorgänge in den letzten Tagen und Wochen schwer beschädigt worden.“ Es frage sich, ob man da noch einen hochkarätigen Nachfolger für Vogt finden könne.

Erste Sponsoren sind abgesprungen

Unterdessen scheint sich die ohnehin schon prekäre finanzielle Lage des Hauses zu verschärfen, sind doch schon Sponsoren abgesprungen, darunter Prof. Michael Hoffmann, der zugleich erzürnt vom Vorsitz der Theater- und Konzertfreunde Dortmund zurücktrat und die Stadtspitzen für die jetzige missliche Lage verantwortlich machte. Insgesamt steuern Sponsoren rund 600.000 Euro jährlich für Aktivitäten im Konzerthaus bei. Kein Pappenstiel.

Dortmunds Kulturdezernent Jörg Stüdemann (SPD) ist betrübt über den Rückzug Hoffmanns, der als Kulturförderer „unglaublich viel geleistet“ habe. Aber, so Stüdemann zur WR: „Die Suche nach einem Nachfolger für Herrn Vogt ist gar nicht so schwierig.“ Bis März will er fündig geworden sein. Er sei in den letzten Tagen kaum in Dortmund gewesen, sondern landauf landab auf Intendanten-Suche unterwegs – in welchen Städten wohl? Einige Interessenten hätten sich aus eigenem Antrieb gemeldet. Stüdemanns Folgerung: „Das Konzerthaus wird bundesweit immer noch hoch geschätzt.“

Gutachten voller Binsenweisheiten

Zwischenzeitlich erregte ein Gutachten die Gemüter, das dem bisherigen Konzerthaus-Management Versäumnisse vorhielt. So

habe es zu viele Eigenveranstaltungen gegeben, und finanzielle Warnsignale seien übersehen oder gar ignoriert worden. Weder über den Urheber noch die Kosten dieser im städtischen Auftrag erstellten Studie will sich Stüdemann äußern. Derlei Diskretion sei branchenüblich, so der Dezernent, der versichert: „Es war kein Freund von mir, wie schon gemutmaß wurde. Ich kannte ihn allerdings, denn er ist aus der Branche.“

Doch diese Studie ist wohl kein tauglicher Leitfaden fürs Kommende. Döderlein: „Es stehen praktisch nur Binsen-Weisheiten darin. Außerdem enthält das Papier erhebliche Rechenfehler. Das ist wohl mit der heißen Nadel gestrickt worden und kann nicht viel gekostet haben.“ Jörg Stüdemann lässt unterdessen wissen, dass gleich vier weitere Gutachten zu verschiedenen Aspekten der Konzerthaus-Zukunft vorliegen...

Ein absurdes Gedankenspiel

Matthias Nowicki, Verwaltungsleiter des Konzerthauses, macht mit einem Gedankenspiel die Absurdität der Lage deutlich: Selbst wenn das Haus sofort geschlossen würde, fielen Kosten fast in Höhe der laufenden städtischen Zuschüsse an.

Denn von den jährlich 3,9 Mio. Euro müssten in jedem Falle Zinslasten (1,2 Mio.) und Abschreibungen (1,5 Mio.) abgezogen werden, also insgesamt bereits 2,7 Mio. Euro, die nicht in die künstlerische Produktion fließen, aber halt gezahlt werden müssen. Hinzu kämen weiterhin Heiz-, Strom- und Wartungskosten, wolle man das Gebäude nicht verkommen lassen.

Eigentlich kein Wunder, dass die Stadt Ende 2004 zusätzliche Subventionen in Höhe von (offiziell) 1,4 Mio. Euro nachreichen musste, um die drohende Insolvenz des Konzerthauses zu vermeiden. Man fragt sich, wie der Konzerthaus-Betrieb überhaupt je ohne solche Defizite hätte laufen sollen. Und man rätselt, warum sich die Stadt und Vogt auf solche Bedingungen verständigen konnten.

Was ist uns die Kultur noch wert? – eine dringliche Frage anlässlich der finanziellen Streitfälle in Dortmund und Hagen

geschrieben von Bernd Berke | 3. Dezember 2024

Von Bernd Berke

Man stelle sich vor: Es ist kurz nach 20 Uhr, die Geschäfte haben nun allesamt geschlossen. Wer sorgt dafür, dass die Bürgersteige nicht gleich ganz „hochgeklappt“ werden, dass die Stadt nicht menschenleer und öde daliegt?

Gewiss: Gaststätten, Discos und wohl auch manches schummrige Etablissement. Nun ja. Doch vor allem Opern, Sprechtheater, Kinos, Konzerte oder Lesungen bringen lebhaften abendlichen Betrieb mit sich – und Museen, sofern sie gelegentlich Öffnungszeiten zu späterer Stunde anbieten, wie in echten Metropolen üblich.

In der seit Jahren laufenden Kosten-Debatte, die sich angesichts kommunaler Haushaltsnöte zuspitzt, drängt sich die Frage auf: Wozu brauchen wir Kultur, warum sollten wir sie uns auch „in Zeiten knapper Kassen“ (so die gängige Formel) leisten? Ein Thema mit vielen Aspekten und Emotionen.

Zwei gewichtige Streitfälle in unserer Region erhitzen die Gemüter und füllen Leserbriefspalten: Das Dortmunder

Konzerthaus macht abermals erhöhten Zuschussbedarf geltend (morgen Thema im Stadtrat), und das für Hagen geplante Emil Schumacher-Museum droht(e) an Finanzfragen zu scheitern.

Damit die Städte lebendig bleiben

In beiden Städten spielen zwar auch politische und menschliche Klimafragen ihre Rolle doch letztlich geht's ums Geld. Manche, die schnell fertig sind mit dem Wort, behaupten kurzum, Kindergärten oder Schwimmbäder seien wichtiger als Kultur. Es ist läppisch leicht und irrwitzig, dies gegeneinander auszuspielen. Eins wie das andere gehört zur menschlichen „Daseinsvorsorge“, wie (nicht nur) der Deutsche Kulturrat unermüdlich betont.

Das eingangs skizzierte Szenario lässt es ahnen: Wir brauchen Kultur nicht nur, um uns unseres Herkommens, unserer Werte und Aussichten zu vergewissern. Kulturgenuß gibt's auch daheim (mit Buch oder CD), vor allem aber belebt er unmittelbar die Städte. Zudem profitieren Wirtschaftszweige davon, so etwa Gastronomie oder Hotels; ganz zu schweigen von der eigentlichen Kulturwirtschaft mit Verlagen, Galerien, Kinos, an denen etliche Arbeitsplätze hängen.

Die Sache mit den „Subventionen“

Wer wollte bestreiten, dass das vor einigen Jahren noch recht finstere Dortmunder Brückstraßen-Viertel durchs Konzerthaus erheblich vitaler und urbaner geworden ist? Davon hat beileibe nicht nur das „gehobene Bürgertum“ etwas.

Zunächst einmal ist es zweitrangig, ob öffentlich finanzierte Häuser, private Einrichtungen oder die „Freie Szene“ das Lebensgefühl steigern. Auch sind Sponsoren, denen es um die Sache geht, jederzeit willkommen. Bei ambitionierten Programmen geht es allerdings kaum ohne öffentliche „Subventionen“. Jedoch: Was gestern noch sperrig schien, ist morgen schon fast Allgemeingut. Kultur bedeutet somit auch Zukunft.

Nicht von ungefähr steht der Begriff „Subventionen“ hier in Anführungsstrichen. Denn eigentlich sind Kulturausgaben Investitionen – längst nicht nur, aber auch im wirtschaftlichen Sinn. Öffentliche Mittel sorgen dafür, dass Eintrittskarten nicht noch teurer werden. Je preiswerter die Tickets, desto breiter die möglichen Zielgruppen. Und am oberen Ende der Gehaltsskala? Nun, unsere Firmen brauchen gute Manager. Die arbeiten meist ungern in Städten, welche kulturell wenig bieten.

Pflichtaufgabe und Staatsziel

Mit landläufige „Schnäppchenjäger-Mentalität“ ist auf kulturellem Felde nichts zu bestellen. Geiz ist gar nicht geil. Umsichtige Sparsamkeit aber schon. Denn natürlich haben auch die Kulturschaffenden eine gewisse Bringschuld: Selbstgefällig gleißende, sündhaft teure Inszenierungen wirken in Zeiten, da manche auf manches verzichten müssen, mitunter obszön. Auch jene eitlen Regisseure, die mit ihrer Weltverachtung Zuschauer vertreiben, sind keine idealen Sendboten der Ästhetik.

Gern schmückt sich der Staat mit etablierter Kultur vom Beethoven-Quartett zur Feierstunde bis zum Kunstwerk in der Amtsstube. Der vormalige Bundespräsident Johannes Rau ist mit sie eben nicht ohne einige Schritte weiter gegangen, und Kulturstaatsministerin kann Christina Weiss ist ihm darin gefolgt: Wir reden von der Forderung, Kultur zur Pflichtaufgabe zu erklären, sie als Staatsziel in den Verfassungen zu verankern – damit sie eben nicht ohne weiteres weggespart werden kann.

Vielleicht lässt sich dies derzeit nicht politisch durchsetzen, doch als Denimpuls sollte es fruchten. Wann wird man dazu ein paar klare Worte von unserem jetzigen Staatsoberhaupt Horst Köhler hören?

Wenn der Schmerz nachlässt

geschrieben von Bernd Berke | 3. Dezember 2024

Weihnachten ist bekanntlich ein Fest der frohen Botschaft, manchmal nicht nur im religiösen Sinne. Achtung, scharfkantige Überleitung: Auch NRW-Kulturminister Michael Vesper hat in den letzten Tagen und Wochen halbwegs frohe Kunde verbreitet.

Von exorbitanten, Existenz gefährdenden Kürzungen im Kulturbereich war anfangs die Rede. Überall ertönten Alarmrufe. Doch nach und nach stellte sich heraus, dass es allenthalben glimpflicher ausgehen wird. So bleiben die beiden NRW-Kultursekretariate (trotz finanzieller Opfer) nach eigenem Bekundem weiterhin „arbeitsfähig“.

Auch die Literaturbüros im Lande sehen sich vorerst auf ähnliche Weise gerettet. Und jüngst schrieb sogar (wie berichtet) Ministerpräsident Peer Steinbrück an Sebastian Heindrichs, den Intendanten des Westfälischen Landestheaters (WLT) in Castrop-Rauxel. Tenor: Es stünden Kürzungen bevor, doch die würden nicht gar so schlimm ausfallen wie ursprünglich befürchtet.

Schön, wenn der Schmerz auf diese Art etwas nachlässt Und man muss das faktische Vorgehen bewundern: Erst die fürchterlichen Instrumente zeigen, dann mit leichterem Besteck operieren Erst den ganz großen Hammer vorweisen, dann mit dem kleineren Klopfen. Anschließend sind alle dankbar für die (relativ) frohe Botschaft. Und das nicht nur zur Weihnachtszeit.

Bernd Berke

Kultur muß bohrende Fragen stellen – August Everding in Dortmund: Musicals sind nur „Amüsement“

geschrieben von Bernd Berke | 3. Dezember 2024

Von Bernd Berke

Dortmund. Die dichte Bühnen-Landschaft des Reviers findet er einfach großartig. Daß man hier gelegentlich zwei Varianten derselben Oper in zwei benachbarten Städten sehen könne, sei doch eine Gnade. Dies sagt einer, der es wohl wissen muß: August Everding, Generalintendant der Bayerischen Staatstheater, Präsident des Deutschen Bühnenvereins und Inhaber vieler anderer ehrenvoller Kulturämter. Gestern weilte der gebürtige Bottroper – „erstmals seit 30 Jahren“ – in Dortmund.

Bei einer Pressekonferenz im Dortmunder Harenberg City-Center, wo er am Abend aus seinem Buch „Zur Sache, wenn's beliebt“ las, machte sich der ungebrochen vitale und redegewandte Everding (nächtliche Schlafzeit: vier Stunden) abermals für öffentlich geförderte Kultur stark. Er verstehe gut das Unterhaltungsbedürfnis und den Run aufs Musical, er selbst inszeniere hin und wieder ein solches. Aber wirkliche „Kultur“ sei das alles nicht – und auch kein echtes Amusement, sondern, wie der Berliner schnoddrig sage, bestenfalls „Amüsement“. Nach einem Musicalabend „sind alle Fragen gelöst und alles ist befriedet“. Kultur müsse hingegen bohrende Fragen stellen, müsse eine Art Unfrieden stiften. Dies werde eine Produktion, die ohne öffentliches Geld wirtschaften müsse, niemals riskieren.

Mit einem halben Liter Wasser durch die ganze Wüste

Subventionen tun also not. Everding kennt die Zahlen, kennt die Verhältnisse genau: „Private Sponsoren geben jährlich 550 Mio. DM für Kultur. Bund, Länder und Gemeinden wenden pro Jahr 15 Milliarden DM dafür auf – ungleich mehr also, aber nur „gerade mal ein Prozent des Bruttosozialprodukts.“ Sollte dieser Betrag gekappt werden, dürfe sich Deutschland nicht mehr Kulturnation nennen.

Irreführend sei schon die landesübliche Wortwahl. Everding: „Es ist ganz falsch, wenn man sagt, die Theater sollten „sparen“. Sparen könne im Grunde nur, wer zuviel Geld habe. Beim Theater komme man sich aber inzwischen so vor, als müsse man „mit einem halben Liter Wasser durch die ganze Wüste gehen.“ Und wie soll es dann richtig heißen? Everding: „Wir können nicht sparen, sondern uns höchstens noch mehr einschränken.“

Berliner Größenwahn? – „Ich bleibe in München!“

Einschränken? Ja, beispielsweise durch Theaterfusionen, wie es sie landauf landab immer häufiger gibt. Everding sieht darin freilich kein Allheilmittel. Eine Kooperation wie bei der Rheinoper Düsseldorf / Duisburg habe sich bewährt, beim neu gebildeten „Schillertheater“ (Wuppertal und Gelsenkirchen) müsse man die Entwicklung abwarten. Grundsätzlich gelte: „Jedes Stadttheater ist erhaltenswert, der Vielfalt wegen.“

Everding nahm in Dortmund auch zu neuesten Gerüchten Stellung, die Wiens Burgtheater-Intendant Claus Peymann – wie berichtet – in einem „Spiegel“-Gespräch aufgebracht hatte. Everding, so hatte Peymann lanciert, sei weit und breit der einzige Mann, der ein gigantisches Berliner „National-Theater“ der Zukunft leiten könne und der (im Verein mit Berlins Kultursenator Radunski) auch gezielt darauf hin arbeite.

August Everding stellte gestern klar: „Ich bleibe in München!“ Eine Zusammenfassung der Berliner Bühnen unter dem Dach eines National-Theaters wäre nach seiner Meinung sowieso Größenwahn.

Everding allergisch: „Wenn ich schon das Wort ‚national‘ höre...“

Wuppertal: Museum muß vorerst keine Bilder verkaufen – Ratsbeschluß sorgt nur für vorläufige Entwarnung

geschrieben von Bernd Berke | 3. Dezember 2024
Von Bernd Berke

Wuppertal. Vorläufige Entwarnung: Das Ansinnen der Stadt ans Von der Heydt-Museum, zwecks Aufbesserung der Finanzen einige Bilder zu veräußern, ist erst einmal vom Tisch. Dennoch hängt weiter ein Damoklesschwert über dem Museum.

Einstimmig beschloß der Wuppertaler Stadtrat am Montagabend eine Dreipunkte-Erklärung zum bundesweit beachteten Bilder-Streit. Darin heißt es u. a., einen regelmäßigen (!) Verkauf von Kunstwerken zur Etat-Steigerung dürfe es nicht geben. Damit bleibt die Möglichkeit offen, von Fall zu Fall eben doch solche Aktionen ins Auge zu fassen.

Weiter enthält der Ratsbeschluß einen Dank an die Stifter von Kunstwerken, denen man die Sorge nehmen will, die von ihnen zur Verfügung gestellten Werke könnten zur etwaigen Verkaufsmasse gehören. Schließlich wird festgelegt, daß nur die Museumsleitung selbst über eventuelle Verkäufe aus der Sammlung entscheiden dürfe.

So weit, so scheinbar beruhigend für Museumschefin Dr. Sabine

Fehlemann. Als Kulturdezernent Heinz-Theodor Jüchter gestern den Ratsbeschluß erläuterte, war sie freilich sichtlich bedrückt. Sie gab denn auch auf Nachfragen zu verstehen, daß sie in Sachen Bilderverkäufe nicht mehr Stellung beziehen wolle. Hat man es ihr etwa untersagt? Sie selbst jedenfalls hatte kürzlich die städtischen Begehrlichkeiten mit einem alarmierenden Kurzinterview mit dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ ruchbar gemacht. Gestern aber sagte sie zu der ganzen Angelegenheit kein einziges Wort.

Kulturdezernent spricht von Millionen-Einsparungen

So ergriff denn – annähernd als Alleinredner – der Kulturdezernent die Gelegenheit, die Ratsmeinung zu interpretieren. Das Museum, so Jüchter, bleibe aufgefordert, seine Einnahmen deutlich zu verbessern. Die Stadt könne nicht mehr Geld zuschießen. Im Gegenteil. Er, Jüchter, müsse in den nächsten Jahren enorme Kultur-Sparvorschläge vorlegen, allein beim Theater gehe es um 6 Millionen DM.

Einen ersten Lichtblick für das Von der Heydt-Museum gibt es: Die aus Bukarester Schätzen bestückte Schau „Von Cranach bis Monet“ hat fast 95000 Besucher angezogen. Sonst kommen im ganzen Jahr nicht so viele Kunstinteressenten in das Elberfelder Haus. Der Überschuß der Ausstellung soll nun aber nicht in den Ankaufsetat des Museums gesteckt werden, sondern in Werbekampagnen.

Mit diesen Anstrengungen könnte jedoch ein Teufelskreis des Leistungsdrucks beginnen. Denn der erhöhte Werbeetat muß sich lohnen. Gäbe es Besucherflops, so würden alsbald die Alarmglocken läuten. Museumsleiterin Fehlemann muß nun wohl zusehen, daß ihre Ausstellungen „mehrheitsfähig“ sind. Sie geriete bei Fehlschlägen rasch in Begründungsnot und würde eines Tages doch wieder gedrängt werden, an Bilderverkäufe zu denken.

Übrigens kommen für derlei Verkäufe gerade mal jene sechs

Prozent der Wuppertaler Bestände in Frage, die mit städtischen Geldmitteln angeschafft wurden. Es sind vor allem Werke von jungen Künstlern aus der Region, die eh keine großen Erlöse brächten. Der Löwenanteil des Eigenbesitzes stammt aus Stiftungen und wäre bei Verkäufen tabu, wie Kulturdezernent Jüchter versicherte.

Alarm-Signale aus dem Museum Bochum: Das Geld reicht überhaupt nicht mehr

geschrieben von Bernd Berke | 3. Dezember 2024

Von Bernd Berke

Bochum. Museumsleiter Dr. Peter Spielmann fühlt sich unter Druck gesetzt: „Andauernd verlangen die Politiker, wir sollten spektakuläre Ausstellungen zeigen. Die Besucherschlange soll möglichst bis zum Rathaus reichen. Ständig hält man uns als leuchtende Beispiele Van Gogh in Essen und die ‚Terrakotta-Armee‘ in Dortmund vor.“ Und das alles, wo doch eben diese Politiker den jährlichen Ausstellungsetat bei 150 000 DM eingefroren hätten.

Mit diesem Betrag sei kein Auskommen. Bochums Museumschef, fast verzweifelt: „Immer mehr Leihgeber verlangen inzwischen Gebühren und Begleitschutz für den Kunsttransport.“ Den aber erledigt die Polizei seit einiger Zeit nicht mehr. Folge: Man müsse teure private Sicherheitsdienste anheuern. Und damit stecke man vollends im Teufelskreis: Kein Geld für spektakuläre Ausstellungen – das heiße, daß man bei

Leihanfragen fast nur noch Absagen kassiere. Spielmann: Nur wer in der Museums-„Bundesliga“ sei, werde noch berücksichtigt.

Als hätte es eines Beleges für die Finanzknappheit noch bedürft, präsentierte Spielmann als neue Ausstellung seines Hauses erneut „nur“ eine quasi kostenfreie Zusammenstellung aus Eigenbesitz – ohne Katalog, nur mit Handzetteln zur Kurzinformation.

Das Konzept ist aus der Not geboren, doch Spielmann steht dahinter: Die eigene Kollektion in immer neuen Kombinationen zu zeigen, sei auch ein Abenteuer: „Da lernt man, die Kunst nicht in Schubladen einzusortieren, sondern immer wieder anders zu sehen.“

Eigenbesitz-Ausstellung in Beweisnot

„Signal-Kunst/Kunst-Signal“, so hat man die Schau getauft. Kustos Hans Günter Golinski hat die Arbeiten ausgesucht. Leitlinie der Auswahl: Werke, die den Betrachter durch grelle Farbgebung und/oder Signalcharakter gleichsam „anspringen“ oder mit optischen Mitteln „bremsen“.

Nach solchen Allerwelts-Vorgaben hat man wahrlich breite Auswahl. Es kamen denn auch Arbeiten zusammen, die teilweise formal geradezu unvereinbar sind. Ein Wechselbad der Beliebigkeiten? Das denn doch nicht. Aber eine Ausstellung, die in Beweisnot gerät, will man doch u. a. zeigen, daß die Quellen anderer Signale (Verkehrszeichen/Reklame) in der Kunst zu suchen sind. Wer wollte da Aufschlüsse von einer so begrenzten Auswahl erwarten?

Anregungen zum Nachdenken und zur Meditation will man geben. Gewiß wird dieser Anspruch von einzelnen Kunstwerken eingelöst, so etwa von Akais leuchtende Farbkreisen. Die Schwerpunkte liegen in den 60er und 70er Jahren, geometrische Formgebung in der konstruktiven Tradition (Kreise, Rechtecke, Dreiecke) dominiert. Otto Herbert Hajeks Zeichenwelt begegnet

man ebenso wie einem Beuys'schen Signalkreuz auf Filz. Hier überlagert das Markenzeichen des Künstlers bereits das Kunst-Signal. Auch andere bekannte Namen wie Fruhtrunk, Kriwet oder Gaul sind vertreten.

Etwas problematisch an der Ausstellung ist die Überfülle der „Signale“, die sich hier und da gegenseitig stören. Doch im Grunde ist ja die ganze Schau auch ein Not-Signal des Museums.

„Kunst-Signale“ (Eigenbesitz). Museum Bochum, Kortumstraße 147. Bis 19. September. Di-Fr 10-18 Uhr. Kein Katalog.

Geldnot bei den Kunstvereinen: Die Wirtschaft knausert immer mehr

geschrieben von Bernd Berke | 3. Dezember 2024

Von Bernd Berke

Im Westen. Deutschlands Kunstvereine geraten finanziell zusehends in die Klemme. Nach Alarm-Meldungen aus Dortmund, wo das Spendenaufkommen bis zur Jahresmitte praktisch „gleich Null“ war, wollte die WR wissen: Wie sieht es bei anderen Kunstvereinen aus?

Offenbar steht es bundesweit nicht zum besten. Beim Dachverband, der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kunstvereine“, heißt es, die Bereitschaft zu Spenden sei „eindeutig geringer“ als bis vor ein paar Jahren. Verbandsvorsitzender Andreas Vowinckel, zugleich Chef des Badischen Kunstvereins in Karlsruhe: „Die Wirtschaft verhält sich jetzt sehr, sehr zögernd.“

Nicht nur in Dortmund ist die Lage heikel

Kein Einzelfall: Man verschickt mehrere hundert Bittbriefe, bekommt dann nur eine Spende – und die Portokosten übersteigen den Ertrag. Fast alle Firmen machen die allgemeine Konjunkturflaute oder dringende Investitionen in Ostdeutschland geltend. Selbst in Baden-Württemberg und in Rheinland, bislang favorisierte Regionen für Kunst-Sponsoring, sei das Auftreiben von Spenden nun „ein hartes Brot“ (Vowinckel). Doch auch die öffentlichen Mittel, weiß Vowinckel, „fließen nicht mehr so recht“. Finanzprobleme durch die deutsche Vereinigung hätten auch hier eine traurige Trendwende bewirkt.

Der Düsseldorfer „Kunstverein für die Rheinlande und Westfalen“ gehört mit rund 6000 Mitgliedern zu den größten der Republik. Man ist – im Gegensatz zu Vereinen im Revier – alteingesessen, und es gibt rundum kunstsinniges Publikum zuhauf. Doch selbst hier heißt es, man müsse „unheimlich ackern“ (Mitarbeiterin Doris Rother), bis man an Sponsoren herankomme. Zudem falle neuerdings ein wichtiger Sponsor aus, nämlich die Lufthansa, die sich auf rigidem Sparkurs befindet. Den ganz harten Einschnitt merkt man in Düsseldorf noch nicht, doch hat man bereits arge Schwierigkeiten, die Jahresgaben an Mitglieder zu verkaufen.

Man muß sich sehr abstrampeln

Etabliert ist auch der Westfälische Kunstverein zu Münster, der seit 1831 existiert und heute 1250 Mitglieder hat. Aus dem letzten Jahrhundert datiert denn auch ein Glücksfall, dessen Folgen den Verein noch heute über Wasser halten. Die Altvorderen konnten Kirchenschätze wie mittelalterliche Tafelbilder und Altäre günstig erwerben. Vor sechs Jahren veräußerte man ein einziges dieser Bilder, gab den Erlös in eine Stiftung – und kann sich nun aus den Zinsen bedienen. Hildegard Feldmann, zuständig für die Buchführung: „Ansonsten muß man sich aber sehr abstrampeln. Bargeld von einzelnen

Sponsoren kommt praktisch nie.“ Sowohl die Stadt Münster als auch der Landschaftsverband hätten seit vielen Jahren ihre Zuschüsse nicht mehr erhöht – angesichts von Preissteigerungen ein herber Verlust. Verwundert zeigt man sich in Münster über die Dortmunder Situation: „In Dortmund gibt es doch viel mehr Großfirmen als in Münster“.

Im Revier nur Geld für den Sport übrig?

Und wie sieht es aktuell in Dortmund (540 Kunstvereins-Mitglieder) aus? Nun, immerhin hat der Notruf drei örtliche Firmen zu Spenden bewegt, eine Hypothekenbank will gar Mitglied werden. Die Geschäftsführerin des Kunstvereins, Annette Reker, findet trotzdem: „So dramatisch wie bei uns ist es fast nirgendwo“. Zu allem Überfluß habe man gerade die Mitgliedsbeiträge erhöhen müssen, was vielleicht manchen Kunstfreund abschrecke. Zuweilen fühle man sich in Dortmund wie in einer künstlerischen Diaspora.

Diesen Eindruck bestätigt Hugo Koch, Zweiter Vorsitzender des Kunstvereins im nahen Bochum (680 Mitglieder). Wenn es überhaupt Spenden gebe, seien sie meist „beschämend gering“. Koch: „Im Revier hat man wohl nur Geld für Sport übrig.“ Ein Jahresbeitrag von 60 DM für den Kunstverein könne kaum erhöht werden, sonst drohe eine Austrittswelle. Koch: „Für ihren Tennisclub zahlen die Leute das Mehrfache im Monat...“

Kommentar

Anschluß verpaßt

Kunstvereine bieten selten leichte Kost. Die meisten Firmen aber wollen, wenn sie für Kultur spenden, große Besucherzahlen sehen. Das bereitet den Vereinen schon längst Probleme. Jetzt, da die Finanzen allenthalben knapper werden, bekommen sie das

noch deutlicher zu spüren.

Unsere Kunstvereine sind als Ausdruck bürgerlichen Selbstbewußtseins entstanden. Bis dahin hatten praktisch nur der Adel und die Kirche Kunst gehörtet. Das ist lange her. Fast könnte man sich jetzt in die Zeit des alten Bildungsbürgertums zurücksehnen. Doch damals hat man Kunst nicht nur aus edlem Sinn gefördert, sondern sich damit auch über politische Realitäten hinweggelogen. Wünschen wir uns das lieber nicht zurück.

Betrüblich ist, daß sich die Lage im Ruhrgebiet besonders schlimm darstellt. An der Bevölkerungsstruktur, die sich der von anderen Zentren angleicht, kann es nur zum Teil liegen. Man muß wohl von kulturpolitischen Versäumnissen sprechen, die auch sinnfällig werden: Man schaue sich nur die öde „Kunst am Bau“ in unseren Städten an.

Bernd

Berke

WLT-Financen auf des Messers Schneide – Leitung des Landestheaters im Rundschau- Gespräch

geschrieben von Bernd Berke | 3. Dezember 2024

Dortmund/Castrop-RauxeI. (bke) Am 3. März wird sich die Spreu

vom Weizen sondern: Dann steht auf Messers Schneide, wie viele von 22 Städten bereit sind, ein kulturpolitisches Bekenntnis zum Westfälischen Landestheater (WLT) in Castrop-Rauxel abzulegen und wie viele womöglich als Mitglieder aus dem Trägerverein des Theaters ausscheiden.

Wird es „Fahnenflüchtige“ geben, droht gar eine Vereins-Auflösung? Brisanter Stoff für ein Gespräch, zu dem WLT-Intendant Herbert Hauck, sein Verwaltungschef Norbert Kronisch sowie Olaf Reifegerste, Pressesprecher und Spielplan-Disponent des Theaters, ins Dortmunder Rundschauhaus kamen.

Letzlich geht es nicht nur um Bekenntnisse, sondern um Geld: Seit langem ist der Jahresbeitrag pro Gemeinde auf läppische 300 Mark eingefroren. Für diesen „Tischtennis-Beitrag“ (Reifegerste) genießen die Kommunen weitreichende Stimmrechte in Existenzfragen des WLT. Künftig sollen die Städte zusammen im Jahr 45 000 DM Beiträge zahlen, etwa nach einem Verteilerschlüssel auf Basis der Einwohnerzahlen. Anfang Febmar hatten die Gemeinde-Vertreter sich nicht geeinigt. Seitdem hängt das WLT, das ja landauf landab gastiert, finanziell „in der Luft“. Nächsten Freitag soll ein zweiter Anlauf den Durchbruch bringen.

Da die Kommunen, so Herbert Hauck, nicht mehr gar so ärmlich dastehen wie vordem, geht das WLT selbstbewußt in die „Zerreißprobe“ und fordert von jeder Stadt – zusätzlich zum Beitrag – eine ein- bzw. erstmalige Umlage von 7 Pfg. pro Einwohner, was insgesamt 105 000 DM ergäbe.

Nun warten alle gespannt auf Signale der Städte. Die Theaterleute sowieso (Hauck: „Jetzt müssen wir das durchfechten“), aber auch das NRW-Kultusministerium, das mehrfach seine Zuschüsse erhöhte, nun aber die Kommunen im Zugzwang sieht – und der zuständige Regierungspräsident in Münster, der den neuen WLT-Etat (5,5 Mio. DM) nicht absegnen mag, bevor die Gemeinden Geld drauflegen.

Ungeachtet relativ hoher Einnahmen durch Kartenverkauf beklagt das WLT Defizite. Neue Tarifabschlüsse erzwingen jetzt nochmals Einsparungen von 70 000 DM. Dies alles, so die Theaterleute zur WR, bedeute keinesfalls, daß man künftig einen Boulevard-Spielplan anbiete. Herbert Hauck gelobt: „Brecht-Pflege und regionalbezogene Stücke bleiben Schwerpunkte.“

Trotz aller Unbill plant man beim WLT zwei neue Projekte; Eines soll sich ostwärts bewegen, ein anderes auf Flüssen und Kanälen...

Plan Nummer eins: Man verhandelt mit einem DDR-Theater. Herbert Hauck verriet, daß es sich um die Bühne in Döbeln/Sachsen handelt. Mit diesem Theater will das WLT u. a. einen Stücke-Zyklus über die deutsche Nachkriegsgeschichte herausbringen. Hauck: „Die Landkarte für eine DDR-Tournee haben wir auch schon im Kopf.“

Plan zwei, die Einrichtung eines mobilen „Theater-Schiffes“ gemeinsam mit den Städtischen Bühnen Oberhausen, geht – nach erfolgtem Antrag – zwischen Kultus- und Städtebauministerium des Landes seinen bürokratischen Gang. Dabei drängt die Zeit: Schon kommen konkrete Terminanfragen aus den Schulen – und ein bereits ausgesuchtes Schwimm-Objekt ist nicht mehr zu haben. Ein Lastkahn, rund 60 Meter lang und 8 Meter breit, soll – zum Bühnenschiff umgebaut – besonders Jugendlichen die „Schwellenangst“ vorm Theater nehmen. Hauck, Kronisch und Reifegerste haben sich bereits Kenntnisse angeeignet, die eines Reeders oder Kapitäns würdig wären. Freilich merkten sie auch, daß vom Land geförderte Kooperationen (hier mit Oberhausen) rechtlich kein leichtes Fahrwasser sind.

Über eines sind die WLT-Leute voll des Lobes: Das „Klima“ in Castrop-Rauxel habe sich enorm verbessert. Kein Wunder: Bestimmte Industrieansiedlungen sind auch auf die Präsenz des WLT zurückzuführen: Kultur lockt Wirtschaft an. Von einem WLT-Umzug nach Hamm, vor Zeiten noch erwogen, ist jetzt keine Rede

mehr.

„DGB muß der Kultur mehr Stellenwert geben“ – WR-Gespräch mit dem scheidenden Geschäftsführer der Ruhrfestspiele

geschrieben von Bernd Berke | 3. Dezember 2024

Von Bernd Berke

Recklinghausen. „Der Deutsche Gewerkschaftsbund muß der Kultur endlich mehr Stellenwert einräumen als bisher.“ Das forderte gestern, in einem Gespräch mit der Westfälischen Rundschau, der scheidende DGB-Geschäftsführer der Ruhrfestspiele, Dr. Fred Eckhardt.

Mit seiner Forderung benennt Eckhardt, der nach zwölf Jahren in Recklinghausen um Lösung seines Vertrags bat (WR berichtete), zugleich einen Hauptpunkt, der ihn zu diesem Schritt bewogen hat. Seine Entscheidung, so Eckhardt, habe subjektive und objektive Gründe. Subjektiv: Als künftiger Leiter einer Berufsfachschule für Theatertanz und Theaterpädagogik könne er in seine alte Heimatstadt Hamburg zurückkehren und endlich wieder vorwiegend künstlerisch tätig sein.

Doch nicht nur persönliche Interessen sind der Grund für den Wechsei. Eckhardt: „Die Sparszwänge bei den Ruhrfestspielen sind in den letzten Jahren immer mehr gewachsen. Dieser Druck schlägt auf die künstlerischen Ergebnisse durch.“ Seit Jahren

müsse man mit einem gleichbleibenden Etat stetig steigende Kosten bewältigen. Sogar längst zugesagte Gastspielreisen – z. B. in die UdSSR – müßten mangels Finanzmasse auf die lange Bank geschoben werden.

Die beiden Träger der Ruhrfestspiele (Stadt Recklinghausen und DGB) hätten gewiß ernsthafte Geldsorgen. Doch sei die finanzielle Ausstattung der Festspiele zunächst auch eine Frage des Bewußtseins. Eckhard: „Im Grundsatzprogramrn des DGB steht, daß sich die Gewerkschaften auch für kulturelle Belange der abhängig Beschäftigten einsetzen sollen“. Dies sei, obgleich es Zeichen eines Umdenkens gebe, noch nicht ausreichend der Fall. Die Basis in den Einzelgewerkschaften, aber auch der DGB-Bundesvorstand müßten dringend darüber reden, ob sie hauptsächlich eine „Tarif-Maschine“ sein oder ob sie auch kulturelle Zeichen setzen wollten.

Der große Apparat des DGB erweise sich in Kulturfragen oft als schwerfällig, man müsse viel schneller auf die Herausforderungen der „Freizeitgesellschaft“ reagieren. Die mißliche Situation der Ruhrfestspiele, die „endlich wieder eine Perspektive brauchen“, vergleicht Eckhard mit der eines leckgeschlagenen Ozeanriesen: „Da kann man doch auch nicht sagen: ‚In vier Wochen laufen wir Singapur an, dann wird alles repariert‘.“

Eckhard nennt Zahlen: Zehn Mio. DM wären für eine halbwegs vernünftige Renovierung des Festspielhauses (vorsintflutliche Bühnentechnik, 23 Jahre alte Bestuhlung) und anderer Festspieleinrichtungen vonnöten. Und: „In der Jubiläumssaison 1986 hatten wir ausnahmsweise eine Million Mark Zusätzlichen Jahresetat“. Stoßseufzer: „Damit konnten wir tolle Sachen veranstalten. Wenn wir nur diese Zusatz-Million in jedem Jahr hätten...“

Einen Hoffnungsschimmer sieht Eckhard im Gutachten des Berliner „Deutschen Instituts für Urbanistik“ (DIFU). Die Expertise entsteht unter Leitung von Prof. Dieter Sauberzweig und soll

im Frühjahr vorliegen. Die Studie, so Eckhard, könnte den Ruhrfestspielen gangbare Wege in die Zukunft weisen. Dann dämpft er freilich die eigenen Erwartungen. Bis das Gutachten alle Gremien passiert habe und „greifen“ könne, würden auch die Festspiele 1990 ins Land gehen – eine kaum noch erträgliche Durststrecke.

Eckhards Appell: „Wir sind es den Gründern, die in der Hungerzeit nach dem Krieg kulturellen Weitblick bewiesen haben, schuldig, die Festspiele zu stärken“.